

Große Anfrage

**der Abgeordneten Frau Beck-Oberdorf, Frau Gottwald, Schwenninger,
Verheyen (Bielefeld) und der Fraktion DIE GRÜNEN**

Die Projektpolitik der Weltbankgruppe

Die drei Institutionen der Weltbankgruppe – die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), die International Development Association (IDA) und die International Finance Corporation (IFC) – stellen die bedeutendste internationale Organisation für Entwicklungspolitik und Kredithilfe dar. Laut Satzung verfolgen sie das gemeinsame Ziel, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln, „bei der Hebung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern mitzuhelfen, indem sie finanzielle Mittel aus entwickelten in weniger entwickelte Länder schleusen“.

Wäre dies tatsächlich das hauptsächliche Ziel der Weltbank gewesen, dann hätte diese Organisation ziemlich versagt; denn der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung in fast allen Entwicklungsländern hat sich seit Beginn der Tätigkeit der Bank nicht verbessert, sondern in der Regel eher verschlechtert. Unter Wissenschaftlern und Politikern ist es umstritten, ob die Weltbank mit ihrer typischen Projekthilfe überhaupt einen spürbaren realen Beitrag zur Überwindung von massenhafter Armut in der Dritten Welt leisten konnte.

Die Bedenken gegen die Kreditpolitik der Weltbankgruppe in der gegenwärtigen Form lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Dadurch, daß die Weltbank Kredite nur an Regierungen vergibt (und diesen dadurch zu Deviseneinnahmen verhilft), stützt sie herrschende Regime auf Kosten von sozialen und politischen Reform- und Oppositionskräften: Vor allem Landreformen bleiben dadurch aus, weil die technokratische Modernisierung, die die Weltbank zu finanzieren hilft, die etablierten Herrschaftsverhältnisse auf dem Lande eher stabilisiert als erschüttert. Landreformen, die mehr sind als Etikettenschwindel, werden auf diese Weise eher hinausgezögert oder verhindert (z.B. auf den Philippinen, in Indonesien, in Mexiko etc.).

Auch in Fällen, in denen die Weltbankexperten klar erkannten, daß jede Entwicklungshilfe von außen nutzlos sei, solange die ungerechten (feudalen) Landbesitzverhältnisse

nicht zuvor geändert würden (Äthiopien, Iran, Uruguay, Guatemala, El Salvador etc.), hat die Weltbank niemals eine politische Reform zur Bedingung ihrer Hilfe gemacht.

2. Die schon seit Jahren gegen die „Grüne“-Revolutionsstrategie der Weltbank vorgebrachten Bedenken haben sich inzwischen erheblich verstärkt. Im Kern besteht diese Strategie darin, über Agrarkredite Landbewirtschaftern ein Saatgut-Düngemittel-Technologiepaket anzubieten, das unter besonders günstigen Bedingungen zu Ertragssteigerungen und Einkommensverbesserungen führen kann.

Die Nutznießer dieser Strategie sind vor allem die internationalen Lieferanten von Agrarinputs, wie Hybridweizen, hochgezüchtetes Saatgut, von Pestiziden und Herbiziden, von Düngemitteln und Landwirtschaftsmaschinen sowie von Systemen für künstliche Bewässerung. Selbst wenn es hier und dort gelungen ist, die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern – wie in Indien –, so ist doch die Abhängigkeit vom Ausland auf den technischen Sektoren gestiegen.

Diese moderne kapital- und technologieintensive Saatgut-Düngemittel-Strategie hat zu einer erheblichen Konzentration von Land, landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und von ländlichen Einkommen bei gleichzeitiger Vertreibung von Kleinbauern und Teilpächtern (deren Land man nun brauchte, um die technischen anspruchsvollen Bewässerungsplantagen rentabel zu gestalten) geführt und die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung auf dem Land vergrößert.

Als Folge der „Grünen“ Revolution hat die Landflucht zugenommen, und die Probleme der Urbanisierung, der Verslumung und der Kriminalisierung der Städte haben sich noch zusätzlich vergrößert.

Für die großen Strukturprobleme der drei Kontinente der Dritten Welt bietet die „Grüne“-Revolutionsstrategie keine umfassende Lösung, da sie nur ein Ziel zu erreichen vermag – die Ertragssteigerung beim Anbau von Nahrungsmitteln. Diese werden über den Umweg der Kreditvergabe und der steigenden Mengen von Düngemitteln zu Waren auf dem Markte, die sich die Unterschichten ohne Kaufkraft nicht leisten können. So erzeugt die Weltbankstrategie das neue Landwirtschaftsparadox in der Dritten Welt: Es gibt ein Angebot von Nahrungsmitteln, aber nicht genügend Käufer, so daß nach wie vor viele Menschen Hungers sterben. (Das erste Landwirtschaftsparadox, das die Weltbank mitbefördert, besteht in der Tatsache, daß Afrika und einige Länder Asiens und Lateinamerikas hauptsächlich Agrarprodukte exportieren, aber Nahrungsmittel aus Industriestaaten in zunehmendem Maße importieren müssen.)

Die Alternative zur „Grünen“-Revolutionsstrategie ist nach Meinung der Kritiker die Modernisierung bzw. graduelle

Weiterentwicklung der familienbezogenen Landwirtschaft (der „Ökonomie der Zuneigung“), in der die Sicherheit der Familienexistenz durch eigene Arbeitsleistungen im Mittelpunkt steht. Das hätte zur Konsequenz, daß das Agrobusiness fernzuhalten wäre von solchen Gebieten. Dies sollte wenigstens so lange gelten, bis der sogenannte „demographische Übergang“ abgeschlossen sein wird (in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts). Bis dahin sollten alle Anstrengungen auf das Überleben der Lebenden gerichtet werden, nicht auf künstliche „Entwicklung“ von wenigen von außen auf Kosten der vielen, die Opfer struktureller Gewalt werden.

3. Die stärksten Bedenken gegen die kapital- und technologieintensiven Entwicklungsprojekte der Weltbank richten sich gegen die ökologischen Schäden, die direkt oder indirekt angerichtet werden. Vor allem die meist unkontrollierte Chemisierung der weltmarktorientierten Landwirtschaft durch externe Entwicklungshilfe hat schwerwiegende Folgen von Mensch und Umwelt gezeitigt: der steigende Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden in den schnell ausgelaugten und der Erosion anheim gegebenen tropischen und subtropischen Böden hat auch die erneuerbaren Ressourcen der Umgegend, vor allem Flüsse und das Grundwasser, in Mitleidenschaft gezogen und auch die Subsistenzökonomien bedroht (vgl. die ökologischen Schäden in der Gezira im Sudan).

Um den Staatsklassen der Dritten Welt dabei behilflich zu sein, Devisen zu verdienen und um u.a. auch Schulden zurückzahlen zu können (wozu ja der IWF die Regierungen aufs deutlichste anhält), werden überall in Entwicklungsländern neue Exportlandwirtschaftsbetriebe eingerichtet oder alte finanziell unterstützt oder „rehabilitiert“ – eine äußerst bedenkliche Strategie. Intensive Bodennutzung hat in vielen Regionen Asiens und Afrikas zu „agricultural mining“ geführt – zum kurzsichtigen Raubbau an der wichtigsten Existenzgrundlage dieser Völker, dem Boden.

Der Erhalt der traditionellen natürlichen Bodenbewirtschaftungssysteme, die allmählich und behutsam verbessert werden können (z.B. mittels angepaßter Technologien in der Energiegewinnung) – wozu auch die günstigen IDA-Kredite einen nützlichen Beitrag leisten könnten –, würde auch eine wichtige Voraussetzung dafür sein, das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt zu verlangsamen. Sauberes Wasser, gesunde dörfliche und urbane Lebensverhältnisse, Bildung auch für Frauen und stabile Nahrungsmittelproduktion bzw. -versorgung sind wichtige Ziele einer grundbedürfnisorientierten Entwicklung.

Wir fragen die Bundesregierung:

Weltbank-Konzept und -Philosophie

1. Teilt die Bundesregierung die Meinung des ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank, des Pakistaners M. ul Haq, daß die

Rückkehr zu orthodoxen Entwicklungsdoktrinen, wie sie neuerdings wieder von der Weltbank favorisiert werden, „die Armen zu absoluter und unerträglicher Armut verurteilt“?

2. Ist die Bundesregierung auch der von Weltbankplanern vertretenen Ansicht, daß die bestehenden Ungleichheiten zwischen Armen und Reichen in den Entwicklungsländern als schmerzhafter, aber unausweichlicher Begleitumstand des wirtschaftlichen Strukturwandels hingenommen werden müssen? Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die während der Präsidentschaft von Mc Namara formulierte Weltbankstrategie „Wachstum mit Verteilung“ daher aufgegeben werden sollte?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich die entwicklungspolitischen Prioritäten der Weltbank nach dem Amtsantritt von A. W. Clausen insofern gewandelt haben, als das zentrale Ziel der Weltbank nicht mehr die Linderung der Armut ist und sie sich nicht länger als „obskurer Humanitätsverein, der das Geld hauptsächlich an linke Regime verschenkt“ fungieren soll – wie dies der US-Präsident R. Reagan formuliert hat –, sondern daß durch die Reorientierung der Entwicklungsziele an Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung und einer verstärkten Exportproduktion die Armutsbekämpfung und die Grundbedürfnisbefriedigung quasi von selbst erfolgt?
4. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Weltbank, daß eine Reorientierung in der landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie insofern notwendig sei, als das Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung als zu langwierig und zu kostenintensiv wird?
5. Stimmt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß „die gesellschaftliche und soziale Entwicklung (in den Schwellenländern) mit der wirtschaftlichen nicht Schritt gehalten hat“ und daß „das sozialstrukturell weitaus größere Problemfeld jedoch die Masse der nicht begünstigten und wirtschaftlich unzureichend integrierten Bevölkerungsschichten darstellt“, wie es im Konzeptpapier des BMZ zur Zusammenarbeit mit Schwellenländern heißt, mit der Auffassung des Weltbank-Vizepräsidenten Munir Benjenk überein, daß die Schwellenländer Südkorea, Taiwan, Singapur, Brasilien und Mexiko als „leuchtendes Beispiel“ für die anderen Entwicklungsländer gelten können?
6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Kritikern, daß die gegenwärtige intensive Förderung von Exportsektoren in den Entwicklungsländern durch die Weltbank eigentlich dem Leitsatz der notwendigen Befriedigung von Grundbedürfnissen in den Entwicklungsländern entgegensteht und daß die Weltbank zugleich in den alten Fehler verfällt, den Außenhandel zur alles bestimmenden Größe von Entwicklung zu machen?
7. Stimmt die Bundesregierung mit den Vorstellungen der Weltbank dahin gehend überein, daß die Exportindustrialisierung

mit Hilfe von Freien Produktionszonen von den Entwicklungsländern forciert werden sollte, wie sie die Weltbank z. B. Indonesien empfiehlt, da „Indonesien über den größten verbliebenen Pool billiger und relativ gut gebildeter Arbeitskräfte verfügt...“, die Löhne zu den niedrigsten in der Welt gehören (und) die Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert sind und der Staat weitestgehend Eingriffe in den Arbeitsmarkt unterlassen hat“?

8. Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der Studie des Centers for International Policy in Washington „Mittelamerika: Der Finanzkrieg“ bekannt, die darlegt, daß die US-Administration den internationalen Finanzinstitutionen, und damit auch der Weltbank, „quasi die Zügel angelegt“ hat, um ihre Interessen der finanziellen Unterstützung von El Salvador und Guatemala durchzusetzen und gleichzeitig Nicaragua von der Kreditvergabe fernzuhalten? (Während El Salvador 1982 von der Weltbank 70 Mio. US \$ erhielt, wurde Nicaragua von der Kreditgewährung völlig ausgeschlossen.) Befürwortet die Bundesregierung eine derartige Politisierung und Instrumentarisierung einer multilateralen „neutralen“ Entwicklungshilfeinstitution oder gedenkt sie dagegen vorzugehen?
9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Berichts des amerikanischen Schatzamtes, daß die Weltbank aufgrund des politischen und finanziellen Gewichts der USA im Weltbankdirektorium den globalen wirtschaftlichen, finanziellen und damit auch politisch-strategischen Zielen der USA untergeordnet und für sie funktionalisiert werden könne?

Finanzierung und Kreditvergabe

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Instrumente der Kofinanzierung, die eine Beteiligung von Geschäftsbanken an Weltbank-unterstützten Projekten in Entwicklungsländern erweitern soll und die im wesentlichen drei Optionen umfaßt,
 - a) eine direkte finanzielle Beteiligung in Höhe von 10 bis 25 % bei der längeren Fälligkeit eines Marktkredits,
 - b) Garantien für die Endfälligkeit eines Privatkredites anstatt direkter Mittel („Versicherung gegen Überraschungen“),
 - c) Quotenbeteiligung an der Endfälligkeit (Ausfallbürgschaft),primär dazu geeignet sind, zu einer Minderung des privaten Kreditrisikos der Geschäftsbanken beizutragen und weniger dazu taugen, entwicklungspolitische Ziele zu erreichen?
11. Teilt die Bundesregierung die Kritik am Kofinanzierungskonzept, daß diese Konzeption durch die Konzentration auf profitable Investitionsprojekte in Entwicklungsländern interne und regionale Ungleichheiten in und zwischen den Entwicklungsländern eher verstärkt und so nicht als geeigneter Maßnahmenkatalog zur Armutsreduktion gelten kann?

12. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des britischen Entwicklungshilfeministers, Timothy Raison, zu, daß angesichts der Reduktion der finanziellen Mittel für die 7. Refinanzierung der IDA die Schaffung eines Zusatzfonds zur Aufrechterhaltung des bisherigen Ausleihvolumens der IDA erforderlich ist, und gedenkt die Bundesregierung, sich an einem solchen Zusatzfonds zu beteiligen?
13. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß angesichts weitergehender Kürzungen der IDA-Mittel ab Juli 1984 auf insgesamt 9 Mrd. US \$ die IDA bzw. die Weltbank ihrer Aufgabe noch gerecht werden kann, „in den ärmsten Ländern die größte Not zu lindern“, wie dies der Vizepräsident der Weltbank, Benjenk, umschrieben hat?
14. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß angesichts der Tatsache, daß die Mehrzahl der afrikanischen Länder unterhalb der 796-US \$-Schwelle, die als Grenze für den Erhalt von IDA-Mitteln gezogen ist, liegt, die Kürzungen der Mittel für die IDA-7 fatale Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung in diesen Ländern haben werden?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Politik der Weltbank, die 1980 eingeführten Strukturanpassungskredite, mit denen sich die Weltbank auf das bis dahin dem IWF vorbehaltene Gebiet der auflagengebundenen Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten begeben hat, de facto immer an ein vorheriges Übereinkommen des Schuldnerlandes mit dem IWF zu knüpfen und Ländern wie Mauritius (1981), Tansania (1982/83) und Peru (1983/84), die sich nicht mit dem Fonds einigen konnten, einen Strukturanpassungskredit zu verweigern?
16. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Unterordnung der Vergabe von Strukturanpassungskrediten der Weltbank unter IWF-Stabilisierungsprogramme entwicklungspolitisch verhängnisvoll ist, weil die von der Weltbank angestrebte „Anpassung mit Wachstum“ von der vom IWF verordneten nachfragedämpfenden, auf kurzfristigen Ausgleich der Zahlungsbilanz fixierten Deflationspolitik konterkariert wird?
17. Warum haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bis Dezember 1983 erst 15 Entwicklungsländer für Strukturanpassungskredite qualifizieren können, obwohl die Weltbank in ihrem Jahresbericht 1982 angekündigt hatte, diese Kreditvergabe auszuweiten?
18. Wird sich die Bundesregierung in Zukunft entsprechend ihrem Anspruch, „bei der Entscheidung über entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch die Verwirklichung der Menschenrechte“ zu berücksichtigen (Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik, S. 7), dafür einsetzen, daß Regime wie in der Türkei, auf den Philippinen, in Süd-Korea und Pakistan, deren Herrschaft durch Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung der Bevölkerung charakterisiert ist, nicht mehr an der Spitze der Empfängerliste von Strukturanpassungskrediten stehen?

19. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Weltbank, daß Strukturanpassung in erster Linie mit verstärkter Exportanpassung der Entwicklungsländer-Ökonomie zu erreichen ist, eingedenk der Tatsache, daß die krisengeschüttelten Weltmärkte immer weniger Absatzchancen bieten?
20. Wie bewertet die Bundesregierung Vorwürfe philippinischer Unternehmer, daß das Strukturanpassungsprogramm der Weltbank auf den Philippinen einseitig die transnationalen Unternehmen zu Lasten der einheimischen mittelständischen Unternehmen fördere (Far Eastern Economic Review vom 9. August 1983)?
21. Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, daß die Kluft zwischen der Rhetorik der Weltbank, Afrika Priorität durch die Verdoppelung der Hilfe einzuräumen, wie dies der Weltbankpräsident Clausen angekündigt hat, und der Realität, daß nämlich im Finanzjahr 1982/83 die beiden afrikanischen Regionen lediglich 1,8 Mrd. US \$ gegenüber Gesamtkreditvergaben von über 14 Mrd. US \$ erhielten, immer größer wird, und wie gedenkt die Bundesregierung, angesichts der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage in den Ländern südlich der Sahara darauf zu reagieren?

Projektpolitik

22. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer vertraulichen Untersuchung der Weltbank von 1978 von 18 ländlichen Projekten im südlichen Afrika festgestellt wurde, daß lediglich vier Projekte die Produktionsziele erreicht bzw. übertroffen haben, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser ernüchternden Erfolgsbilanz?
23. Gedenkt die Bundesregierung ihren Einfluß im Board of Directors der Weltbank geltend zu machen, um zukünftig technologieintensive Bewässerungsgroßprojekte mit ruinösen Folgen für Kleinbauern zu unterbinden, die nach Angaben der Weltbank „in Kolumbien, Äthiopien und Pakistan von ihrem Land vertrieben wurden“, weil solche Projekte die Landkonzentration auf Kosten von Kleinpächtern ohne feste Landbesitztitel fördern (vgl. Weltbank, Agricultural Credit, sector policy paper, Wash. 1975)?
24. Steht es im Einklang mit den Vorstellungen der Bundesregierung von politischer Partizipation, wenn ländliche Zielgruppen, die eigentlich Nutznießer von Entwicklungsprojekten der Weltbank sein sollen, zu großen Teilen aktiven und passiven Widerstand gegen Modernisierungsprojekte leisten, weil ihnen das Existenzrisiko durch Teilhabe an solchen Kreditprogrammen zu groß erscheint?
25. Teilt die Bundesregierung die Bedenken von Agrarexperten in aller Welt, daß die auch von der Weltbank geförderten Viehzuchtexport-Projekte – die mit Hilfe des internationalen Agro-Business aufgebaut werden – aufgrund ihrer großen Landflächen, die sie beanspruchen, die Existenzgrundlage

der Kleinbauern gefährden, wie dies für mehrere Staaten Lateinamerikas nachgewiesen wurde?

26. Teilt die Bundesregierung die Bedenken, daß der Hunger im Nordosten Mexikos eher zu- als abnehmen wird, wenn dort weiterhin die Weltbank großangelegte Agrarprojekte (Erdbeeren, Gemüse und Rindfleisch für den US-Markt) mit modernsten Produktions- und Vermarktungsvorrichtungen unterstützt, von denen zu ca. drei Vierteln reiche Bauern profitieren?
27. Unterstützt die Bundesregierung die neue Politik der Weltbank, durch Konzentration auf „minimum packages“ in der ländlichen Entwicklung, d.h. auf einige Punkte beschränkte Maßnahmen, wie z. B. die Einführung von Hochertragsorten, Düngemitteln und Pestiziden, entscheidende Veränderungen in der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern erreichen zu können, angesichts der Tatsache, daß die Mehrzahl der Kleinbauern den Sprung in eine technologischere und höhere und teurere inputs erfordernde Agrarentwicklung nicht vollziehen kann?
28. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß durch die ländliche Strategie der „minimum packages“ in Entwicklungsländern Land- und Bodenkonzentrationsprozesse eher befördert und damit die Kleinbauern aus der Produktion gedrängt und marginalisiert werden, und daß hiermit der früher von der Weltbank zumindest nach außen hin vertretene Ansatz der armutsorientierten Entwicklung entscheidend konterkariert wird?
29. Glaubt die Bundesregierung, daß die Politik der Weltbank, die den Anbau des Exportprodukts Baumwolle auf Kosten von Nahrungsmitteln (Hirse) im Gebiet der Gezira/Sudan ermutigt und aktiv fördert, im Einklang steht mit den eigenen Vorstellungen der Regierung bezüglich der Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse?
30. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Weltbank in Bangla Desh 3 000 motorgetriebene Pumpen für Tiefbrunnen für 12 000 US \$ das Stück finanzierte, von denen nur die Großbauern auf Kosten der Landbewirtschafter mit kleineren Parzellen partizipierten? Hat die Bundesregierung etwas dagegen getan, daß bei diesem Projekt über die Erhöhung der Wasserpreise als Folge der Weltbank-finanzierten Brunnen die Befriedigung der Grundbedürfnisse der ländlichen Armen eher erschwert wurde?
31. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das Marcos-Regime auf den Philippinen die Maßnahmen zur Durchführung einer Landreform, wie sie von der Weltbank als Voraussetzung für Entwicklungsdarlehen verabredet worden waren, verabredungsgemäß erfüllt hat?
32. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Masagana-99-Kleinbauernkreditprojekt, das mit Weltbankmitteln auf den Philippinen durchgeführt werden sollte, ursprünglich einigen

100 000 Bauern zugute kommen sollte, de facto aber nur wenige tausend Bauern erreichte?

33. Stimmt es mit den entwicklungspolitischen Richtlinien des 5. Berichts zur Entwicklungspolitik vom März 1983 überein, vor allem mit den Passagen über partnerschaftliche Zusammenarbeit und friedlichen Wandel, wenn die Marcos-Regierung auf den Philippinen eigene Truppen eingesetzt hat, um Kleinbauern zur Rückzahlung von Weltbankkrediten aufzufordern?
34. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Weltbankmitarbeitern, daß die Beteiligung der Weltbank an infrastrukturellen Projekten auf der Insel Samar (Philippinen), des Ausbaus des Hafens von Catbalogan und der Erweiterung der Küstenstraße, der „politischen Neutralität“ von Weltbankprojekten widerspricht, da diese Maßnahmen primär der militärischen Befriedigung dieser Insel, die weitgehend von der Guerilla der New People's Army kontrolliert wird, durch das Marcos-Regime dienen?
35. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Weltbank weiterhin Agrarprojekte im Senegal (das von der Sahel-Dürre nicht verschont geblieben ist) fördern soll, die dem Anbau und dem Export von Wintergemüse in die EG dienen und von denen zwar TNU und ihre Tochtergesellschaften wie Bud Senegal (eine Tochter des US-TNU Castle and Cooke) profitieren – aber nur auf Kosten der einheimischen Nahrungsmittelproduktion?
36. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß trotz gegenteiliger Beteuerung der Weltbank in der Vergangenheit Finanzmittel der Weltbank in großem Umfang transnationalen Agribusinessunternehmen zugute gekommen sind, wie dies z. B. der Fall war in einem gemeinsamen Unternehmen der senegalesischen Regierung mit der BUD Antle Inc. in der Provinz Cap Vert im Senegal? Läßt sich dieser Umstand nach Auffassung der Bundesregierung mit dem selbstgesteckten Anspruch der Weltbank, ein „Anwalt der Armen“ zu sein, vereinbaren?
37. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Folge des vom IFC vorangetriebenen Agrarprojektes im Senegal Hunderte von Kleinbauern zwangsweise ihr Land verloren haben, um Platz für eine auf den Export orientierte Gemüseplantage zu schaffen?
38. Ist der Bundesregierung bekannt, daß infolge von Stadtentwicklungsprogrammen der Weltbank zur Verbesserung der Wohnsituation von städtischen Armen die Bewohner nach der Durchführung der Projekte ihre Wohnregionen verlassen mußten, wie dies in Projekten in Indonesien, Brasilien und auf den Philippinen der Fall war, da die Grundsteuern aufgrund der besseren Versorgung der Wohnregion so massiv erhöht wurden, daß die städtischen Armen sich einen Verbleib in der Region wirtschaftlich nicht mehr leisten konnten, und ist die

Bundesregierung der Ansicht, daß Projekte dieses Typs in Zukunft fortgesetzt werden sollen?

39. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es entwicklungspolitisch sinnvoll ist, wenn die Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC) in großem Umfang private Touristikunternehmen in Entwicklungsländern mitfinanziert, angesichts der Tatsache, daß solche Unternehmungen in der Regel den Ländern mehr Kosten verursachen als Nutzen einbringen und angesichts der kulturellen Deformationseffekte, die mit Ferntouristikprojekten verbunden sind?

Ökologische Schäden durch Weltbank-Politik

40. Gedenkt die Bundesregierung angesichts der immer bedrohlichere Ausmaße annehmenden Umweltverschmutzung und -zerstörung im Zuge der Industrialisierung der Dritten Welt gemäß der gemeinsamen Erklärung (vom Februar 1980) des Europäischen Entwicklungsfonds mit acht multilateralen Finanzinstitutionen einschließlich der Weltbank, die die Verpflichtung enthält, die ökologischen Probleme der Entwicklungsländer stärker zu beachten, auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung der von der Weltbank finanzierten Entwicklungsprojekte zu drängen?
41. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Weltbank im Rahmen der Förderung landwirtschaftlicher Einzelproduktprojekte, wie z.B. der Förderung des Anbaus von Tee in Kenia, einen umfangreichen Raubbau am Wald erforderte, dessen Folgen sich gerade gegenwärtig zu einer menschlichen und ökologischen Katastrophe auszuweiten drohen, da
- a) eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln nicht mehr möglich ist, da die Teeanbaufläche ständig auf die Teile ausgeweitet wurde, die vorher noch der Selbstversorgung dienten und
 - b) die Zerstörung des Waldes so schwerwiegende Erosionsschäden nach sich gezogen hat, daß die Existenzbasis der Menschen in den Teeanbaugebieten nachhaltig bedroht ist?
42. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die intensive Förderung des Zuckerrohranbaus im Westen Kenias durch die Weltbank zu großen Umweltschäden führt, da der monokulturelle Anbau des Zuckerrohrs, der steigende Mengen an Düngemitteln und Pestiziden erfordert, bereits zur Auslaugung des Bodens führt, Erosionsprozesse beschleunigt und somit schrittweise die natürlichen Lebensbedingungen zerstört?
43. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in mehreren von der Weltbank finanzierten Staudammprojekten am Tana-River in Kenia zunehmend Probleme der Versandung entstehen, die direktes Resultat von Erosionsprozessen sind, die durch die Zuckerprojekte der Weltbank entscheidend verstärkt wurden?

44. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Weltbank propagierte Strategie der „Grünen Revolution“ für die ländliche Entwicklung in den Entwicklungsländern nicht nur zu einer bedrohlichen Reduzierung der Artenvielfalt, z. B. bei Reis, geführt hat, sondern auch zu einer enormen Ausweitung des Schädlingbefalls wie der Reiszikade in Indonesien?
45. Ist die Bundesregierung über die ökologischen Folgeschäden informiert, die die Versalzung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Punjab/Pakistan infolge der Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft im Rahmen der von der Weltbank durchgeführten Entwicklungsprojekte der „Grünen Revolution“ hervorgerufen hat, die damit nicht nur zur massenhaften Vertreibung von Pächtern führte, während einige Großbauern von der Einführung von Hochertragssorten profitierten?
- Gedenkt die Bundesregierung Anstrengungen zu unternehmen, um der Ökologie-Frage im Rahmen der Entwicklungshilfe eine höhere Priorität zuzuweisen?
46. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das von der Weltbank geförderte Rahad-Baumwollprojekt im Sudan wegen des steigenden Einsatzes von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln die Gesundheit der dortigen Bevölkerung (ca. 60 000 Menschen) erheblich gefährdet, weil die giftigen Substanzen in das Grundwasser und in die Bewässerungsgräben eindringen?
47. Ist es nach Ansicht der Bundesregierung vertretbar, wenn Firmen wie Ciba-Geigy chemische Substanzen wie DDT und Galecron auf die Baumwoll- und Erdnußfelder von Weltbankgeförderten Entwicklungsprojekten verwenden, die in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz wegen ihrer gesundheitsschädigenden Wirkungen verboten wurden – wie dies im Rahad-Projekt im Sudan nachweislich geschehen ist?
48. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Weltbank weiterhin Staudammprojekte in Entwicklungsländern mitfinanziert soll, angesichts der ökologisch und sozial verheerenden Folgen, die sich nach dem Bau des Volta-Staudamms in Ghana oder nach dem Bau von ähnlichen Großprojekten in anderen Ländern gezeigt haben?
49. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die derzeitige Hunger- und Dürrekatastrophe in Afrika, die in diesem Jahr bereits mehr als 300 000 Todesopfer gefordert hat, wesentlich auch auf eine verfehlte Agrarpolitik der afrikanischen Staaten zurückzuführen ist, die sich an den Empfehlungen der Weltbank orientierte, vermehrt agrarische Exportprodukte, wie z. B. Erdnüsse, Gemüse, Blumen etc. anzubauen?

Bonn, den 12. Juni 1984

Beck-Oberdorf
Gottwald
Schwenninger

Verheyen (Bielefeld)
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

